
Kirche verteidigt Würde konkret

Unter dem Titel "Die öffentliche Verantwortung des Christen" hielt Martin Fischer auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Oktober 1952 in Elbingerode (damals DDR!) einen vielbeachteten Vortrag, der die konkreten Probleme der Christen in Ost und West beschrieb. Daraus zitieren wir das 6. Kapitel, in dem das Wort "Würde" nicht vorkommt. Es geht darum, wie Kirche in der konkreten Situation der noch frischen Teilung und der unterschiedlichen politischen Entwicklung in Ost und West an der Seite der Menschen steht und für ihre Würde einsteht.

6. Vom Menschenamt der Obrigkeit

Die öffentliche Verantwortung des Christen als Dienst am Willen Gottes mit den Menschen

Die Christenheit bejaht also den Staat, weil sie an sein göttliches Geheimnis glaubt, daß er nämlich den Menschen von Gott zum Dienst eingesetzt ist. Ja, sie hat den Willen Gottes zum Staat zu verkündigen. Dieses ihr Mitdenken der Ordnungsaufgabe des Staates ist dabei nur ein Besonderes neben ihrem allgemeinen Dienstauftrag, der ihr gebietet, Liebe zu üben und damit Gottes Willen an Menschen zu dienen. Ihre Liebe zum Menschen gründet nicht in einer dem Menschen eignenden Liebeshwürdigkeit, sondern darin, daß Gott ihn geschaffen und ihn in Christus seiner vergehenden Liebe gewürdigt hat. Das gibt ihrer Menschenliebe das feste Fundament und die Dauer. "Habt Euch untereinander inbrünstig lieb aus

reinem Herzen" (*1. Petr. 1,22*). Christi Liebe zu allen Menschen läßt für alle Menschen hoffen und macht die Christen tätig. Die Kirche hat ihren Glauben an den Herrscher der Welt als Mut zur Öffentlichkeit zu bewähren. Und sie hat in diesem Mut zur Öffentlichkeit zu beweisen, daß es ihr um den Menschen geht.

Im öffentlichen Leben steht der Christ also gegen alle Hoffnungslosigkeit und gegen alle Verachtung der Menschen. So wird er immer wieder zum Partner der Schwachen und Vergessenen, weil er nicht vergessen kann, auch wo der politische Kalkül Menschen längst vergessen machen möchte. So ist die Kirche Anwalt der Rechtlosen, so stellt sie sich etwa in Wahlfragen - vor die Gewissen. Wir haben dies leider nicht zureichend getan. Sollte man von besonderen Notständen im Osten in der Evangelischen Kirche in Deutschland überzeugt sein, so hätte dies notwendig zur Folge, daß der Schwerpunkt des Lebensinteresses der Evangelischen Kirche in Deutschland bei den Menschen des Ostens liegen müßte. Ohne Betätigung eines solchen Liebedienstes wäre die Klage über Notstände Abfall zur Ideologie. Wo Milliarden in die Rüstung fließen, wird die Kirche mit Notwendigkeit bei denen stehen, für die die sehr viel geringeren Summen nicht aufgebracht werden können, um ihnen menschenwürdige Wohnungen, Arbeit, Nahrung und Kleidung zu schaffen, Die Kirche wird dieses alles mit besonderer Hingabe zu tun haben, wo Ideologien es etwa zu unterlassen gebieten. Die öffentliche Verantwortung des Christen wird überall in Erinnerung bringen müssen, daß alle Mächte dazu da sind, dem Menschen freien Lebensraum für "ein ruhiges und stilles Leben in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit" zu gewähren (*1. Tim. 2,2*).

Es darf in unserer Synode nicht verschwiegen werden, wieviel Menschennot die DDR beherbergt. Davon muß hier die Rede sein, weil es sonst nicht leicht laut wird. Die wachsende Russifizierung, von der später die Rede sein soll, hat den deutschen Charakter dieses Gebietes ohne eine wirkliche Zustimmung der Bevölkerung ständig verändert.

Wenn sich die Mächte von Ost und West gegenseitig vorwerfen, den je von ihr besetzten Teil zum Satelliten oder Protektorat zu machen, so können wir dem Vorwurf in dieser Art das Recht nicht absprechen. Der Primat der politischen Fragestellung ist dem unterlegenen Volk gegenüber verständlich. Die Kirche aber wird um der leidenden Menschen willen diesen Primat grundsätzlich bestreiten müssen. Nur ein unbesetztes Volk in Freiheit dürfte ideologisch so festgelegt werden, wie es augenblicklich geschieht. Die damit beschriebenen Mißstände haben die verschiedensten praktischen Konsequenzen. Das Vertrauen zur Rechtsprechung ist für diesen Raum gründlich erschüttert. Die beobachtete Erpressung von Geständnissen geht gegen den Willen Gottes mit den Menschen, auch wo sie dem Staat zu dienen scheinen. Furcht und Mißtrauen sind die Folgen, die nicht hoch genug veranschlagt werden. Die Kirche muß die Zerrüttung des Vertrauens bekanntmachen, wenn nicht die Obrigkeit selber Schaden nehmen soll. Daß die Kirche Zwang zum Spitzeldienst verwirft, hat sie mehrfach laut bekundet. Sie weiß, welchen Schaden der Staat selbst dabei nimmt. Daß Schäden an der Einbringung der Ernte, Schäden am Recht, Schäden an der Ehre von Menschen durch ideologische Flurbereinigungen nicht gerechtfertigt sind, kann sie nur immer wieder in Erinnerung bringen. Die übertriebenen Strafen für politische Torheiten der

Jugendlichen lassen auf eine Furcht schließen, die kein Zeichen von Stärke ist. Die Kirche hat in der altpreußischen Synode die Verantwortlichen in Ost und West beschworen, den Mißbrauch der Jugend für politische Abenteuer zu unterlassen. Sie muß andererseits für dieselben Jugendlichen eintreten, weil sie Strafen von 15 bis 25 Jahren Zuchthaus weder für menschlich noch für politisch klug halten kann.

Sie hat sich auch zur sozialen Frage zu äußern. Die Überhöhung von Gehältern, welche von den Empfängern nicht selten nur mit Beschämung angenommen werden, kann sie nicht gutheißen, solange etwa Rentner nach verdienter Lebensarbeit kaum das Existenzminimum haben. Es ist nicht recht, daß ein ungelerner Jugendlicher ein Anfangsgehalt bekommt, welches die Rente eines verdienten alten Menschen um ein Vielfaches übertrifft. Gewiß soll darin eine Wertung gegenwärtiger Leistung ausgesprochen werden. Aber auch zurückliegende Arbeit verdient Ehre. Um des Menschen willen muß der Überwertung des Nutzens und der Unterwertung des Menschen widerstanden werden. Offenbar ist das soziale Problem keineswegs nur ein Problem der privatkapitalistischen Länder, sondern möglicherweise in verstärktem Maße in den Ländern, die das Kapital in die Hände des Staates zur Entscheidung seiner Führer legten. Unerträglich werden die sozialen Verhältnisse, wenn im Staatskapitalismus eine totale Bürokratie sich mit der Doktrin verbindet und in erbarmungsloser Logik am Menschen vorbei den Apparat bedient. Die Sozialisierung ist im Ansatz gefährdet, wenn sie mit Verunglimpfung verbunden ist. Wir kennen aus der alttestamentlichen und der deutschen Geschichte Beispiele neuer Landverteilung. Aber sie war nicht mit einer generell wirkenden Entehrung und

Entwürdigung verbunden, die heute viele Bauern und Fabrikanten in die Verzweiflung treibt. Die Flut von Leid, die in die Christenhäuser, insbesondere in die Pfarrhäuser eindringt und dort priesterlich mit gelitten wird, zeigt den Stand der Dinge. Es ist nicht gut, wenn die Kirche an Dinge erinnern muß, die der Mann auf der Straße sieht.

Es ist nicht gut, daß die Kirche als Kirche zu konkreten Anlässen sprechen muß durch ihr Predigtamt, weil das Dabeisein der Christen in den weltlichen Berufen die vernünftige Regelung offensichtlich nicht erbringt, obwohl Ansätze nicht zu übersehen sind. Versagen die Christen in den Berufen, oder wagen sie nicht die Freiheit zu vernünftigem Rat und nicht den Kampf um vernünftige Reform?

Wahrnehmung der öffentlichen Verantwortung setzt Freiheit voraus. Der Christ hat diese, auch wenn sie ihm nicht vergönnt wird. Wer aber andere unfrei macht, ist durch ihre Unfreiheit selbst nicht mehr recht frei. Menschen aber, die unfrei gemacht sind, können von Gott, der das Recht liebhat, freigehalten werden. Das bekannte Wort, daß sich zu Zeiten, in denen Freiheit leidet, die Besten eines Volkes im Gefängnis treffen, sollte daran erinnern, daß es keine Ehre wäre, wenn die Christen in Gefängnissen fehlten. Ihre öffentliche Verantwortung ist nicht geringer als die aller anderen Menschen. Es kann "Dienst", d. h. gebotener Gehorsam gegen Gottes Gebot, sein, daß Christen sich ebendort befinden -- abgesehen von der notwendigen Verkündigung des Evangeliums unter den Elenden, die die Kirche oft genug auf diese Weise wahrnehmen muß. öffentliche Konflikte zu meiden, sollte nicht zum Ehrentitel der Kirche gemacht werden. Wo Christus nicht gehorcht, sondern geschmäht wird, darf die Kirche nicht ungeschmäht

bleiben wollen. Wer das verstanden hat, wird den nötigen Abstand wahren und sich nicht mit denen identifizieren, die sich ihrer eigenen Verdienste, Doktrinen und Ideologien rühmen.

Dabei meint das Evangelium keine Verchristlichung der Welt, obwohl es den Segen verheißt über gehorsamem Leben in den Geboten. Wo sich aber eine christliche Welt ihrer Christlichkeit rühmt-, hat sich die Kirche fernzuhalten, um im Abstand das richtige Augenmaß zurück zugewinnen. Es bedarf dann aufmerksamer Auslegung der Heiligen Schrift, es bedarf klarer Erkenntnisse der Gebote, es bedarf eines Beichtspiegels, es bedarf auch vor allem der Erkenntnis vom Vergehen der Welt mit ihrer Lust und vom Kommen Christi zum Gericht, wenn die Kirche noch wirklich Kirche für die Welt sein will. Denn die Rettung von Menschen steht höher als die problematische Verchristlichung der Welt. Das bedeutet kein Infragestellen und Schelten fleißiger Menschenarbeit, wohl aber bedeutet es, daß Gottes Wort überlegen bleibt und in unseren Entscheidungen nicht so Fleisch wird, wie Christus Fleisch geworden ist. Es muß reichen, daß wir durch Christus, der Fleisch wurde, erlöst sind davon, unser ganzes Leben hindurch aus Todesfurcht Knechte zu sein (*Hebr. 2, 15*). Sehe jeder zu, wessen Knecht er ist.

Die Kirche hat also den Menschen zu verteidigen. Man kann es nicht schöner sagen als Luther im Großen Katechismus:

"Da kommt nun Gott zuvor wie ein freundlicher Vater, legt sich ins Mittel und will den Hader geschieden haben, daß kein Unglück daraus entstehe und einer den anderen verderbe. Und immer will er damit einen Jeglichen beschirmen, befreit und befriedet haben (*pacatum et*

defensum esse contendit) vor jedermanns Frevel und Gewalt und dies Gebot zur Ringmauer, Feste und Freiheit (*murum arcem, asylum et propugnaculum*) um den Nächsten, daß man ihm kein Leid noch Schaden tue am Leibe."

Was hier gemeint ist, geht nicht so sehr vor sich in einem ideologischen Kampf, sondern in dem, was R. v. Thadden den parapolitischen Dienst der Kirche am Menschen genannt hat. Der Exorzismus gegenüber ideologischen Herrschaftsansprüchen ergeht in der Predigt des Evangeliums selbst. Er gelingt nicht in Kraft abweichender Ideologie (vgl. *Apgsch. 19, 13 ff.*). Ein ideologisch totaler Machtkampf gegen den ideologisierten Staat (und wäre es der von Apokalypse 13) ist der Kirche verboten. Der Kirche geht es so sehr um Gottes Recht auf Menschen, daß sie an allen Uniformen und Ideologien vorbei den vergessenen, möglicherweise auch den an Menschen und an der Kirche schuldig gewordenen vergessenen Menschen zu suchen hat, um ihm das Wort zu verkündigen und ihm zu dienen. So erinnert sie die Welt an die Vorläufigkeit all ihrer Grenzen, all ihrer Experimente, all ihrer kurzfristigen Pläne, all ihres Hasses und Krieges und bezeugt über dem Wandel der Menschen, daß Gott nach Menschen fragt, sie bei Namen nennt und bei Namen von uns fordert. Die öffentliche Verantwortung schließt es in sich, daß sich die Christen den Mächtigen und den Ohnmächtigen nahehalten. Die Kampffront der Kirche liegt also nicht auf doktrinär-ideologischem Gebiet, obwohl sie an der Erarbeitung kritischer Lehre im Notfall beteiligt sein könnte. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat in ihren Synoden auf diesen vergessenen, entehrten, verängstigten Menschen gewiesen und Christus bezeugt, der mitten unter uns Mensch geworden ist. Sie hat damit den jetzt Geschlagenen

und den morgen Geschlagenen die Zuflucht gezeigt und gleichzeitig den Schuldigen Raum zur Buße und Rettung gewiesen. Sie wird ohne Ja zum Unrecht viel Unrecht leiden und möglicherweise zum Ertragen des Unrechts anhalten. Sie wird den lebensmüden Menschen den Mut zum Leben zu erhalten haben. Sie wird sie möglicherweise anhalten dazu, sich dem Übermächtigen, der Ehre und Existenz vernichtet, zu fügen und auf die Hilfe des Herrn zu harren.

Er wird auch dem Enteigneten und Entrechteten die großen und kleinen Zeichen der Liebe Gottes vor Augen halten und ihm zu leben helfen im Blick auf oft noch unerkannte Möglichkeiten Gottes, ein zerstörtes Leben neu "lebenswert" zu machen. Wer hier annimmt, daß damit die Kirche jederzeit ausgenutzt werden könne zum reibungsloseren Gelingen des Unrechts, sieht nicht ganz falsch. Aber der Kirche geht der Kanon der Menschenliebe vor dem der Erhaltung vernünftigen Rechtes und aller Ansprüche. Liebe weiß genauer als eine Doktrin, was zu tun ist. Wozu die Liebe leiten kann, wird sie nicht vorher sagen können. Auf alle Fälle hat sie um ihrer eschatologischen Erkenntnis willen einen langen Atem und sucht über dem kurzlebigen Menschen Zeichen zur Verwandlung der Welt. Angesichts der zerbrochenen Gebote Gottes schreit sie nach der Wiederkunft ihres Herrn und ruft um seinetwillen zur Geduld (*Jak. 5*). So ermöglicht sie in den Geduldigen, priesterlich Dienenden, zur öffentlichen Verantwortung Gerufenen die Bildung echter Autorität, einer Autorität, wie sie Menschen gewinnen können durch bewährte Treue und erwiesene Leidensbereitschaft. Sie gießt nicht Öl in das Feuer, um Weltbrände zu entfachen, sondern sie verbindet und heilt. Sie paßt deshalb in keine ideologischen Kreuzzugspläne, sondern ihre Liebe

führt sie von Fall zu Fall in konkreten Dienst. Sie behaftet nicht ihre Gegner in der Logik ihrer möglichen Entwicklung, sondern spricht mit ihnen, um die mögliche Logik zur Vernunft zurückzugewinnen. Sie warnt vor dem Richten, um nicht Gerichte heraufzubeschwören. Sie ist den Ideologen fremd, wird von ihren Dienern offen gehaßt und von den Menschen gleichzeitig heimlich geliebt, und das oft in wirrem Wechsel. Denn die Menschen, zu denen sie hält, würden sich selbst nur dann zu ihr halten können, wenn sie es um Gottes Willen täten. Wer nicht um Gottes willen Glied der lebendigen Kirche ist, wird sich, auch nach empfangener Wohltat, zerstreuen und wird eines Tages gegen die Kirche stehen, so in Ost und so in West.

Die Welt ist voller Verneinung, voller Willen zur Auflösung und Zerstörung, voller Empörung und Verbitterung und hat zu alledem oft eine Art Recht. Über dem Verhalten der Kirche dagegen liegt etwas wie eine unbegreifliche Bejahung. Sie, die sich um ihrer Rede von der Erbsünde willen schmähen lassen muß, hat einen eigenartigen Mut zum Bestehenden. Es kann den Anschein erwecken, als beuge sie sich damit alter, nicht mehr gerechtfertigter Übung und Tradition. In Wirklichkeit steht die Kirche bejahend da, wo Menschen stehen, zunächst ganz abgesehen davon, was sie glauben und was sie treiben. Sie steht nicht unkritisch gegenüber den Selbstverständnissen der Menschen. Aber weil sie an die Rechtfertigung des Gottlosen glaubt, wagt sie unter Gottlosen zu beharren. Und weil sie in all ihren Gliedern von nichts anderem lebt, als vom unbegründeten Gnadenhandeln Christi, sagt sie nirgend auf Erden in einer solchen Form ein grundsätzliches Nein, daß ihr das Dabeibleiben um der Menschen willen unmöglich erschiene.

Sie besorgt dabei gewiß nicht nur den Kampf um ihre Selbsterhaltung, sie gehört nicht zu denen, die sich gütlich tun können, weil sie schweigen oder einen heimlichen Bund mit dem Unrecht schließen, sondern sie lebt in einem zähen geduldigen Kampf um den nächsten Schritt. Weil sie weiß, daß Christus erhöht ist zur rechten Hand Gottes, und weil sie sein Wort in Macht kennt und glaubt, wagt sie zu leben. Das grundsätzliche Nein in der Welt ist Ferment der Dekomposition, auch wenn es als Fortschritt bezeichnet wird. Eine Schöpfung aus dem Nichts ist Sache Gottes, aber nicht Sache revolutionärer Ideologien. So leisten Christen in öffentlicher Verantwortung den behutsamen Dienst, aus dem Vorhandenen unter den Geboten Gottes das Mögliche und Heilsame zu machen, und erfahren den Auftrag und die Gefahr ihres Berufes gerade in diesem menschlich gesprochen aussichtslosen Dienst. Ein Christ, der nicht über den zerbrochenen Geboten nach der Wiederkunft Christi schreien müßte, würde sich in allen Teilen der Welt über das wirkliche Unrecht, das da geschieht, getäuscht haben.

www.kirche-ahrenshagen.de

© Pfarramt Ahrenshagen, 30.07.2004